

aber jederzeit nur zu dem Resultate gekommen, es bei Dem bewenden zu lassen, wie es jetzt eben besteht. Jede Gemeinde will so viel wie möglich Straßen haben, wenn eine Gemeinde aber Etwas dafür thun oder geben soll, so ist es ihr zu viel und sie spricht am liebsten Nein! Sie will Alles von sich ab- und möglichst Alles auf den Staatsfiscus verweisen, der einer solchen Last gar nicht gewachsen ist. Wenn es sich aber um Abminderung der Steuern handelt, da kann Niemand genug bekommen. Wie reimt sich aber da das Bestreben nach immer größerer Belastung der Staatskasse einerseits, mit dem Bestreben, immer weniger Steuern und Abgaben zahlen zu wollen, andererseits zusammen? Ich bin im Gegentheil bezüglich der Straßen der Ansicht, es möchte die jetzige Art und Weise des Chausseebaues und der Chausseeunterhaltung gänzlich verlassen, vielmehr einzelnen Bezirken und einzelnen Kreisen der Bau und die Unterhaltung derselben überlassen werden, sie würden weit mehr Interesse an der guten und billigen Unterhaltung dieser Straßen bekommen, als jetzt, wo sie Alles auf Kosten des Staates verlangen zu können meinen, und sich dann nur auf die Erbauung der nothwendigsten Straßen beschränken. Gegen dieses überhandnehmende Streben nach übermäßiger Belastung der Staatskasse mich auszusprechen, hielt ich für meine Pflicht.

Präsident Dr. Haase: Wünscht noch Jemand Etwas zu dieser Unterposition zu bemerken?

Abg. Seiler: Obgleich ich mit meinem geehrten Freund v. Rostk nicht einverstanden sein kann, daß die gesetzliche Bestimmung, welche die Gemeinden veranlaßt, für das Schneeausschäufeln in ihrem Bezirke zu stehen, abzuändern wäre im Interesse der Staatskasse, ganz wie es der Abg. Haberkorn ausgeführt hat, so möchte ich doch dem Abg. Haberkorn bemerken, daß die Städte wohl bedacht sein mögen, auch die Leistungen der Landgemeinden billig zu beurtheilen und wenn diese nicht widerstreben, Lasten zu übernehmen, um die Wege freizuhalten, was zum großen Theil dem Verkehr der Städte zu Gute kommt,

(Abg. Haberkorn bittet ums Wort.)

mögen die Städte dagegen manch andere kleinere Last mehr tragen. Bis jetzt ist noch nicht darüber auf dem Lande lamentirt worden, daß die Grundsteuern ungerecht seien, das mögen die Städter nur anerkennen, aber um so größeres Geschrei erheben die Bürger auf einseitige Abminderung derjenigen Steuern, welche größtentheils die Städter belasten. Nicht das Land hat in der letzten Finanzperiode in öffentlichen Blättern und sonst öffentlich überhaupt über drückende Steuern gesprochen und geklagt, aber die Städte, welche sich glauben ganz besonders durch die Gewerbesteuer prägravirt und gedrückt zu sehen, lamentirten und im vollsten Unrecht. Jetzt trägt manche Lasten das flache Land noch allein, die die Städte nicht tragen, wird sie aber nicht

mehr ruhig tragen, wenn die Städte fortfahren zu klagen, daß sie prägravirt seien.

Abg. Haberkorn: Ich will mich jetzt darüber nicht in einen Streit einlassen, ob Stadt ob Land mehr besteuert ist, denn darüber discutiren wir jetzt nicht, allein das muß ich dem Abg. Seiler entgegenhalten, daß er sich vollständig im Irrthume befindet, wenn er glaubt, daß die Landbewohner, die Dorfgemeinden allein Diejenigen seien, welche die Mehrkosten für das Schneeauswerfen zu tragen haben. Es ist eine gleiche Verbindlichkeit für Stadt und Land und die Städte müssen so gut wie das Land, soweit sie

(Abg. Seiler bittet ums Wort.)

mit Chausseen berücksichtigt sind, alles Dasjenige, was das Schneeauswerfen über 6 Pfennige Lohn für die Stunde kostet, aus ihrer eignen Tasche bezahlen, gerade wie die Landgemeinden. Darin finde ich aber nicht eine Imparität sondern eine Parität.

Präsident Dr. Haase: Der Abg. Seiler hat nun das dritte Mal um das Wort gebeten. Ich frage die geehrte Kammer: ob sie ihm dasselbe zum dritten Male gestattet? — Einstimmig Ja.

Abg. Seiler: Ich möchte dem Abg. Haberkorn nur noch Weniges entgegenen, daß man z. B. hier in Dresden, wo wir uns eben versammelt finden, auf 90,000 Einwohner nur von einem Thore bis zum andern den Schnee auszuwerfen hat, während oft eine Landgemeinde von kaum 100 Menschen mindestens für eine 5—6fache Länge das Schneeauswerfen zu besorgen hat. Die Imparität liegt nicht in dem Buchstaben des Gesetzes, sondern in den factischen Verhältnissen.

Abg. Leitholdt: Hinsichtlich des Schneeauswerfens werden auch Gemeinden zugezogen, welche nur eine Benigkeit an die Straße grenzen. Die Leute bekommen nur 6 Pfennige pro Stunde, und daß die Leute dafür nicht gut arbeiten, hat schon der Herr Referent bestätigt. Ich glaube der Staat würde besser thun, wenn er 8—9 Pfennige nach den Verhältnissen gäbe und die Leute beaufschichtigte. Es würde mehr verrichtet werden, als jetzt.

Abg. Mai: In den Streit, ob Stadt oder Land das Meiste zum Schneeauswerfen beizutragen habe, will ich mich nicht mischen, denn er scheint von den Abgg. Haberkorn und Seiler schon zur Genüge durchgekämpft zu sein. Nur noch einer Aeußerung des Herrn Referenten wende ich mich zu. Wenn derselbe vorhin mir entgegnete auf meine Anfrage, daß die Leute, welche Schnee auswerfen für diesen geringen Lohn, eben auch sehr schlechte und geringe Arbeit machen, so muß ich dem entgegen halten, daß dies ganz natürlich ist, denn schlecht bezahlte Arbeiter werden immer nur schlecht arbeiten, eben weil sie nicht mit Lust und Liebe arbeiten wegen zu geringen Verdienstes.